

NATIONALE INTERESSEN

KLAUS VON DOHNANYI
NATIONALE INTERESSEN

Orientierung für
deutsche und europäische Politik
in Zeiten globaler Umbrüche

Siedler

Sollte diese Publikation Links auf Webseiten Dritter enthalten,
so übernehmen wir für deren Inhalte keine Haftung,
da wir uns diese nicht zu eigen machen, sondern lediglich
auf deren Stand zum Zeitpunkt der Erstveröffentlichung verweisen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

4. Auflage

Copyright © 2022 by Siedler Verlag, München
in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH,
Neumarkter Straße 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Büro Jorge Schmidt, München
Umschlagabbildung: © Ingo Menhard/shutterstock (Europa);

Andrei Minsk/Shutterstock

Satz: Ditta Ahmadi, Berlin

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pöbneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-8275-0154-7

www.siedler-verlag.de

Erkenne die Lage.
Rechne mit deinen Defekten,
gehe von deinen Beständen aus,
nicht von deinen Parolen.

GOTTFRIED BENN
Der Glasbläser

Für meine Frau Ulla Hahn,
die Fortsetzung eines langen Gesprächs

Inhalt

Vorwort	9
I.	
<i>Worum es jetzt geht</i>	13
II.	
Deutschland und Europa zwischen den Interessen der Großmächte	21
Der Nationalstaat bleibt das Fundament	22
Die USA als Supermacht des Westens	28
China und Europa: Eine gefährliche Partnerschaft?	42
Russland als Nachbar Europas	57
Vom »Colt« zum Wirtschaftskrieg – eine transatlantische »Wertegemeinschaft«?	73
III.	
Kein Frieden für Europa?	87
Die USA haben nach 1945 den Frieden in Westeuropa ermöglicht	88
Der militärische Schutz durch die Nato	90
Die Fortsetzung der Nato-Erweiterung als Gefahr für Europa	98
Kann Europa als militärische Macht souverän werden?	III
IV.	
Die Europäische Union als deutsche Aufgabe	121
Europa kann nur als Wirtschaftsmacht bestehen	122
Die EU ist ein Staatenbund und kein Bundesstaat	135

Warum offene Märkte eine europäische Integration erschweren	143
Nationale Interessen in Europa sind kein Nationalismus	154
V.	
Europa auf dem Weg zu einer Wirtschaftsmacht?	161
Die EU-Kommission behindert die Wettbewerbsfähigkeit Europas	162
Deutschlands nationales Interesse in Europa ist der wettbewerbsfähige Sozialstaat	171
Was heißt »mehr« Europa im deutschen Interesse?	187
VI.	
Was jetzt zu tun ist	205
Nachwort	223
Dank	225
Anmerkungen	227
Personenregister	235

Vorwort

Zeiten des Umbruchs verschütten oft gewohnte Wege und verlangen neue Orientierung. Wohin ein Land dann zu führen ist, darüber wird es immer verschiedene Meinungen geben. In diesem Buch habe ich versucht, meine Überlegungen zu umreißen. Dass auch diese streitig sein werden, ist nicht nur meine Erwartung, ja mein Wunsch. Denn es sind Überlegungen zu wichtigen Themen, die aber in der politischen Debatte heute nicht immer die Aufmerksamkeit genießen, die sie aus meiner Sicht verdienen.

Es geht zunächst darum, was für unser Land jetzt wichtig und was weniger wichtig ist, denn unser aller Möglichkeiten, unsere Arbeitszeit, unsere demokratische Überzeugungskraft, aber auch unsere finanziellen Mittel sind begrenzt. Sicherheit muss im Vordergrund stehen, äußere, wirtschaftliche, soziale und demokratische. Und um diese auch zukünftig zu bewahren, wird die deutsche Politik nach meiner Überzeugung eine Reihe außenpolitischer Richtungsentscheidungen zu treffen haben. Denn andere Völker, andere Nationen haben andere Interessen, die wir verstehen müssen. Nur um diese Fragen geht es hier, denn die vielversprechende neue Bundesregierung hat sich ein breites Feld der politischen Erneuerung vorgenommen, das ich hier nur berühren werde, wenn dabei auch die Interessen anderer Nationen unmittelbar betroffen sind. Es gilt dann, unsere Lage, unsere Kräfte und unsere Möglichkeiten realistisch einzuschätzen.

Die Gefahren des Klimawandels sind unübersehbar geworden und verlangen gemeinschaftliches Handeln aller Staaten der Welt. In Europa erfahren wir aber gegenwärtig zugleich hässliche Auseinandersetzungen zwischen traditionell freiheitlich gesinnten Mitgliedsstaaten und den Institutionen der Europäischen Union.

Das gefährdet den europäischen Zusammenhalt, den wir aber in dieser Welt der wechselnden Gefahren dringend brauchen. Geschlossenheit muss wieder hergestellt werden.

Deutschland und Europa sind heute in Fragen der Sicherheit und der Außenpolitik nicht souverän. Es sind die USA, die hier in Europa die Richtung vorgeben. Verfolgen sie dabei auch unsere Interessen? Führen sie Europa außen- und sicherheitspolitisch in eine friedlichere Zukunft? Ich habe Zweifel daran, denn wie wir Europäer täglich erfahren: Amerika bleibt Amerika, auch unter Präsident Biden. Einerseits ruft er zu einem Kampf des Westens gegen Autokratien auf und beginnt damit eine gefährliche Konfrontation mit China, andererseits spricht er von einem zukünftigen Zeitalter der Diplomatie. Aber »relentless«, gnadenlos, soll diese Diplomatie sein.

Was kann das bedeuten? Nachdem die USA seit dem Ende des Kalten Krieges 1990 Russland an die Seite Chinas gedrängt haben, steht nun ein neuer Kalter Krieg mit China bevor? Ein Raunen über Krieg in Asien geht um die Welt; Vergleiche zu den Zeiten vor dem Ersten Weltkrieg werden gezogen. Die USA spielen dabei eine zentrale Rolle. Es ist unser nationales Interesse als Deutsche und als Europäer, hier, um der Sicherheit Europas willen, auf die gefährliche Politik der USA in Asien einen mäßigen Einfluss zu nehmen und so weit wie möglich Europa aus den amerikanischen Konflikten herauszuhalten.

Ich schrieb dieses Buch auch als enger Freund und Bewunderer der Vereinigten Staaten von Amerika, denen ich seit 70 Jahren unserer Bekanntschaft und Freundschaft viel zu verdanken habe. Aber gerade deswegen enthält dieses Buch eine besorgte und kritische Grundhaltung. So schreibe ich hier mit einer gewissen Traurigkeit über Entwicklungen in den USA, die diesem Lande großen Schaden antun könnten. Hier wären wir Europäer dann nicht nur Beobachter, es wären auch wir selbst, die von Entscheidungen der USA mitgerissen werden könnten. Aber zugleich halte

ich nichts von einem billigen Antiamerikanismus. Jede Nation hat ihre Stärken und ihre Schwächen, und die USA haben auch sehr viel Positives für Deutschland und Europa getan.

Über Chancen und Gefahren der transatlantischen Partnerschaft müssen wir dennoch offener miteinander reden, im Interesse Deutschlands, Europas und, nach meiner Überzeugung, auch der USA. Auch das gehört heute zu den vielen Bereichen der Politik, in denen wir die Folgen unseres Handelns oft nicht ehrlich genug debattieren. Ein Grund für mich, ein Buch ohne Schnörkel zu schreiben. Ich begann dieses Buch Ende Juni 2021. Dass unsere neue Regierung angesichts dreier so verschiedener Parteien nicht immer mit meinen Überlegungen übereinstimmen würde, kann nicht überraschen. So ist dieses Buch am Ende auch zu einer Streitschrift geworden. Als ein Buch, das Debatten eröffnen soll.

Klaus von Dohnanyi,

Hamburg, im November 2021

Bereits Ende November 2021 schrieb ich, dass die Aufnahme der Ukraine in die Nato erhebliche Gefahren mit sich bringen würde. Nun hat sich diese Gefahrenlage schon Ende Januar 2022 verschärft, obwohl doch Wolfgang Ischinger, wie auf Seite 105 zitiert, schon 2018 feststellte, eine Nato-Mitgliedschaft der Ukraine sei »im Bündnis bereits negativ entschieden«. Nun schreibt auch Samuel Charap, der leitende Politikwissenschaftler der einflussreichen US-Denkfabrik RAND Corporation, dass im Nato-Stab hinter »verschlossenen Türen« jeder sage, es bestehe nicht die Absicht, die Ukraine in die Nato aufzunehmen. Charap verlangt »Nato-Ehrlichkeit«. Aber warum darf Nato-Generalsekretär Stoltenberg das nicht sagen? Ist Präsident Biden im Vorwahlkampf der USA entscheidungsunfähig?

Ergänzung zum Vorwort für die 2. Auflage, Januar 2022

I.

Worum es jetzt geht

DAS JAHR 2021 WAR EIN JAHR DER UMBRÜCHE. Seuchen, Klimagefahren, ein außenpolitisches Desaster in Afghanistan, die Welt wirft Fragen auf, für die wir in Deutschland noch nach Antworten suchen. Es sind nicht militärische Gefahren, die uns in erster Linie bedrohen – es sind wir selbst, und es ist auch unser Zögern, den Wahrheiten ins Gesicht zu schauen. Diese Erkenntnis muss unsere Prioritäten ändern, unsere Aufmerksamkeiten verschieben.

Die Welt versucht seit dem Beginn des Jahres 2020, sich mit Disziplin und Impfen gegen die Corona-Pandemie zu stemmen. Kein Land war ausreichend auf solche Gefahren vorbereitet. Auch Deutschland nicht, obwohl der Katastrophenschutzbericht der Bundesregierung vom Januar 2013 die Gefahr einer Pandemie in allen Einzelheiten vorgezeichnet hatte. Die Covid-19-Pandemie kehrt nun mit immer neuen Mutationen zurück, die Welt im Ganzen steht ihr noch immer fast hilflos gegenüber. Die bleibenden Schäden sind nicht absehbar.

Und dann machte sich der Klimawandel dramatisch bemerkbar. Bei uns Überschwemmungen, Tote, Sachschäden in Milliardenhöhe, Beschädigung von Infrastrukturen, deren Reparatur oder Erneuerung vermutlich Jahre dauern wird. Es gab offenbar keine ausreichende Vorbereitung, keine angemessenen Warn- und Schutzmaßnahmen, auch nicht auf europäischer Ebene. Im südlichen Europa nahm die Trockenheit zu, Wälder und Ortschaften brannten, aber der Ruf nach Löschflugzeugen und anderen Hilfen blieb oft unbeantwortet. Die Menschen standen zusammen, doch die Natur gab ihre unerbittliche Antwort. Wir arbeiten

am Klimaschutz, vergessen aber darüber oft, die notwendigen Vorkehrungen gegen die schon spürbaren Folgen des Klimawandels zu treffen. Diese wirken sich meist auf mehrere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gleichzeitig aus und bedürfen daher auch gemeinsamer europäischer Planungen.

»Cyber War« flackerte überall auf, es gab Erpressungen von Unternehmen und Stilllegungen von Verwaltungen, Angriffe auf Krankenhäuser und anderes. Neue Medien und weltweite Vernetzungen machen uns immer verletzbarer, selbst Wahlen sind nicht mehr sicher, und die Folgen der Digitalisierung für Arbeitsmarkt und Lieferketten bleiben in ihren globalen Konsequenzen noch immer unüberschaubar. Auch hier muss sich Europa im Rahmen seiner internationalen Möglichkeiten sorgfältiger vorbereiten.

Wir haben während der letzten Jahre auch beobachten können, dass weltweit eine Re-Nationalisierung der Politik stattfindet. Dass in internationalen Beziehungen die nationalen Interessen im Vordergrund stehen, ist eine selbstverständliche Erfahrung. Aber nationale Interessen drängen nun auch innerhalb der Europäischen Gemeinschaft in den Vordergrund. So problematisch dies für die internationale und europäische Kooperation auch ist, es ist offenbar weltweit eine unausweichliche Entwicklung, die auch eine demokratische Reaktion auf Globalisierung, Internationalisierung und Europäisierung darstellt und die es zu verstehen gilt, wenn wir die Zusammenarbeit der Weltgemeinschaft und die europäische Integration fortentwickeln wollen. Die Renationalisierung von Politik wird deswegen auch ein wichtiges Thema dieses Buches sein.

Achten wir denn in der europäischen Gemeinschaft auf die Erhaltung des Zusammenhalts der Mitglieder unseres Staatenbundes? Politisch begann das Jahr mit einem tiefen Einschnitt, dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union. Zugleich zeigte sich die Union in wesentlichen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik tief gespalten. Sollte man mit Putin reden, mit

ihm einen Interessenausgleich suchen? Deutschland und Frankreich waren in der EU bei diesem Vorschlag in der Minderheit. Europa fehlt es an Handlungsfähigkeit für wichtige Entscheidungen, und das gilt auch für das existenzielle Thema der Migration.

Um uns herum entsteht eine neue Welt. Vor 20 Jahren, als die Nato sich in Afghanistan engagierte, war Russland noch ein Staat mit vergleichsweise geringem weltpolitischem Einfluss. Die USA versuchten, ihre geopolitische Position auch im Nahen Osten militärisch zu stärken, scheiterten jedoch überall. Heute ist Russland auf dem besten Wege, für das von den USA zurückgelassene Chaos im Nahen Osten eine politische Ordnungsmacht zu werden. Das wird auch für Afghanistan gelten, wo sich Russland und China heute um einen dauerhaften Einfluss bemühen.

Die Debatte über den unvorbereiteten und beschämenden Abzug klingt noch in unseren Ohren. Was jedoch auch zu erinnern lohnt, das ist der Streit im Deutschen Bundestag am 22. 12. 2001, als es um die Beteiligung der Nato und Deutschlands an einem Krieg gegen den Staat Afghanistan ging, von dessen Boden ein schwerwiegender Terroranschlag auf die USA ausgeübt worden war. Die Autorisierung durch die UN war gesichert. Dennoch konnte sich Bundeskanzler Gerhard Schröder der Mehrheit seiner Koalition im Parlament nicht sicher sein und bemühte noch vor der Abstimmung über den Einsatz, etwas gedrechselt, die Vertrauensfrage, um die Seinen zu disziplinieren. Ein Satz aus der Debatte klingt bis heute warnend nach: »Man kann Terrorismus nicht militärisch besiegen.« Nicht nur den Rückzug aus Afghanistan gilt es heute zu überdenken, auch der Grund, warum wir überhaupt dort hineingeraten sind, erscheint nicht erst aus heutiger Sicht fragwürdig.

In den USA beunruhigte im Januar 2021 ein Sturm des Pöbels auf das politische Herz Amerikas, das Kapitol; Europa musste sich fragen, wie es um die politische Stabilität der westlichen Führungsmacht bestellt sei. Die USA verschieben nun ihre Aufmerk-

samkeit nach Asien, auf den großen Konkurrenten China, und lassen die zuvor mit Kriegen überzogenen Staaten des Nahen Ostens kalt im Stich. Die Politik des Westens nach dem Ende des Kalten Krieges vor mehr als dreißig Jahren hat inzwischen dazu geführt, dass heute sogar das christlich-europäische Russland aus seinen europäischen Interessen vertrieben und an die Seite seines früher eher feindlichen Nachbarn China gedrängt wurde. Als ich im Jahre 1973 als zweiter Bundesminister nach Außenminister Walter Scheel einer Einladung nach China folgte, war Deng Xiaoping mein Gastgeber. Ich werde nie vergessen, wie dieser eindrucksvolle Mann mir die unmittelbaren Gefahren eines Krieges der Sowjetunion gegen China schilderte und auf die unzulänglichen Vorbereitungen in Peking verwies. Warum sind Russland und China heute Verbündete?

Könnten nun Konflikte zwischen den Vereinigten Staaten und China auch zu einer Bedrohung für Europa werden, weil Russland inzwischen ein Alliiertes Chinas geworden ist? Nüchterne Kommentare haben bereits begonnen, die heutige Lage mit der vor 1914 zu vergleichen, jener »Urkatastrophe«, wie George F. Kennan den Ersten Weltkrieg einst charakterisierte. In der Tat, ein Vergleich mit der damaligen Situation ist beunruhigend. Ist sich die Führung der Nato heute überhaupt dieser Gefahren bewusst?

Angesichts der globalen Risiken des Klimawandels und des Friedens wäre eine intensivere Zusammenarbeit der Großmächte – der USA, Chinas und Russlands – heute dringender denn je. Wir wissen doch, dass der bereits eingetretene Klimawandel nicht nur erhebliche Schäden an der Bewohnbarkeit unseres Globus verursacht, sondern auch der Migration eine neue Dynamik verleiht. Europa ist hier angesichts seiner geografischen Lage und der vielen Wassergrenzen besonders herausgefordert. Aber die Europäische Union zeigt sich hier wie so oft nicht handlungsfähig. Wir widmen der Lösung dieser für unseren Kontinent existenziellen

Frage nicht annähernd die Aufmerksamkeit, die unsere deutschen Medien täglich den innenpolitischen Entwicklungen in Russland und China angedeihen lassen, doch dort werden wir kaum Einfluss haben. Stimmen unsere Prioritäten noch mit den Entwicklungen der Welt überein? Finden die wirklich wichtigen politischen Debatten überhaupt noch statt?

Im nationalen Interesse und mit den Institutionen des Nationalstaates muss Deutschland auf die Umbrüche der weltweiten Entwicklung realistisch antworten; manches wird sehr schmerzhaft sein. Der Volksmund spricht kluge Worte: Es hat ihm »die Augen geöffnet«, so heißt es, wenn jemand lange sah, ohne zu sehen, immer schon wusste, ohne zu verstehen – bis dann ein Augenblick ihm die Augen öffnete. Solche Augenblicke gibt es nicht nur im Leben von uns allen, es gibt sie auch im Leben der Völker. Und ein solcher Augenblick war das Jahr 2021 auch für Deutschland: Es hat uns die Augen geöffnet für eine Wirklichkeit, die wir schon lange vor uns sahen, ohne zu verstehen, was diese neue Welt für unsere Zukunft bedeuten werde. Jetzt haben wir gesehen, was ist, und haben erkennen müssen, was sein wird, wenn wir nicht handeln. Und jetzt sollten wir auch verstanden haben, was wichtig und was unwichtig ist und worum es in den kommenden Jahren gehen wird. Dass wir dann auch lieb-gewonnene Überzeugungen infrage stellen müssen, wird uns nicht erspart bleiben.

Innenpolitische Kraft für diese schwierigen Entscheidungen zu schaffen, ist heute oft eine wichtigere Aufgabe als der Ausbau militärischer Stärke. In den Emotionen der Völker brodelt viele Vorurteile. Politik darf sich davon nicht treiben lassen. Das gilt nicht nur für Europa, das gilt insbesondere für unseren Partner die USA. Den Zusammenhang demokratischer Entschlossenheit auch in Zeiten tiefgreifender Umbrüche und notwendiger Neuorientierung zu bewahren, ist deswegen eine zentrale Aufgabe der politischen Klassen aller Länder. Nur eine offene, sachliche und

klare Debatte über den zukünftigen Weg deutscher Politik kann uns voranbringen. Es gehörte schon immer politischer Mut dazu, eine Debatte über neue Einsichten zu eröffnen. Diesen Mut brauchen wir jetzt.

Alles hat seine Geschichte, jeder neue Anfang ist zugleich auch ein Ende. Was geschah, ist immer auch Voraussetzung für ein neues Beginnen, und so ist auch eine Welt im Umbruch immer zugleich Vergangenheit und Zukunft, immer Risiko und Chance, Verlust und auch Gewinn. Politik muss auch die Vergangenheit kennen, um der Zukunft gewachsen zu sein. Eine Welt im Umbruch zu verstehen, kann ohne einen Blick in die Geschichte nicht gelingen, denn Nationen folgen gerne ausgetretenen Pfaden, doch diese führen immer weniger in eine erfolgreiche Zukunft. Wir betreten Neuland und stehen doch auf dem gewachsenen Fundament der Vergangenheit. Mut und Bedachtsamkeit müssen ein Paar sein und bleiben.

II.
Deutschland und Europa
zwischen den Interessen
der Großmächte

Der Nationalstaat bleibt das Fundament

Als ich den Titel dieses Buches wählte, um die »nationalen Interessen« Deutschlands und Europas als Angelpunkt zukünftiger politischer Orientierung in einer Welt des Umbruchs zu erkunden, war ich mir möglicher Missverständnisse sehr bewusst. Denn bei uns in Deutschland sind die Begriffe »Nation« und »national« noch immer verdächtig. Wir müssen dieses Vorurteil endlich beseitigen: Auch die Bundesrepublik Deutschland ist eine Nation und kann mit gutem Gewissen ihre nationalen Interessen vertreten. Das ist kein neuer deutscher Nationalismus. Mit Zustimmung habe ich deswegen auch das Buch der Trägerin des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 2018, Aleida Assmann, gelesen: »Die Wiedererfindung der Nation. Warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen«. Ja, auch Deutschland braucht eine nationale Identität.

In Europa entstanden aus ethnischer, sprachlicher oder auch religiöser Übereinstimmung Gemeinsamkeiten, die dann – oft gewaltsam – zu staatlichen Einheiten zusammengefügt wurden. Diese Nationen haben auf ihrem langen historischen Weg unterschiedliche Mentalitäten entwickelt, besitzen einen ausgeprägten Charakter, eine Art »DNA«. Sie sind Mitglieder der Vereinten Nationen und auch Mitglieder der Europäischen Union, bestehen aber zugleich nachdrücklich auf ihrer nationalen Identität und ihren nationalen Interessen. Es gibt zahlreiche Studien zu dem Thema des »Charakters« von Nationen; ich kann hier nur auf diese Studien verweisen.

Wir sind heute als Mitglieder der Vereinten Nationen rund 200 Staaten in der Welt, manche konnten eine historische Identität

tät nicht entwickeln; ihnen fehlt oft die ethnische, sprachliche, sogar die historische Gemeinsamkeit und damit gelegentlich die innere Übereinstimmung der klassischen »Nation«. Und doch sind sie »Nationen« im Sinne der UN-Charta. Oft sind es Staaten, die im Gefolge der Auflösung früherer Kolonialreiche entstanden sind. Sie weisen häufig noch die von den Kolonialmächten gezogenen künstlichen Grenzen auf und erfahren dann immer wieder schwere innenpolitische Spannungen. Aber auch ihr Staat ist ihre heutige »nationale« Identität, und auch sie haben »nationale Interessen«.

Um den Begriff der »nationalen Interessen« hat sich die Wissenschaft immer wieder umfangreich bemüht. Es ist jedoch aus meiner Perspektive nicht wichtig, diese Debatte um die »Staatsraison« von Machiavelli bis Hans Morgenthau hier noch einmal nachzuzeichnen. In der demokratischen Welt gibt es nämlich ohnehin keine Möglichkeit festzulegen, was im Einzelfall »nationale Interessen« sind: Denn die Bestimmung der »Interessen« gründet auf Überzeugungen, und die Überzeugungen divergieren extrem in jeder demokratischen Gesellschaft. Man schaue nur auf den gerade zu Ende gegangenen Wahlkampf in Deutschland, auf das breite Spektrum der Parteien und ihrer Programme. Was als nationales Interesse zu bezeichnen ist, hängt also in der Demokratie immer vom individuellen Urteil ab. Das gilt natürlich auch für meine Überlegungen.

Es bleibt die Aufgabe der Staaten, in gemeinsamer Arbeit die Richtung einer Welt im Umbruch zu gestalten. Nur Nationalstaaten verfügen über die notwendige demokratische Legitimation zum nationalen und internationalen Handeln. Sie können ihre Rechte übertragen, zum Beispiel auf die UN oder in Europa auf die Europäische Union, bleiben aber immer in der demokratischen Verantwortung. Mir geht es hier deswegen auch darum, den schwammigen Begriff der »Wertegemeinschaften« zu konkretisieren und von dem Begriff der »nationalen Interessen« zu unter-

scheiden. Wertegemeinschaften sind keine Staatsform, keine Nation, ihnen fehlt die durch einen gemeinsamen politischen Prozess begründete demokratische Legitimation. Es kann natürlich auch gemeinsame Interessen geben, zum Beispiel in der Europäischen Union oder auch in der transatlantischen Partnerschaft zwischen Europa und den USA. Aber zwangsläufig gibt es innerhalb dieser Wertegemeinschaften auch gegensätzliche Interessen. Gemeinsame Werte des »Westens« schließen harte nationale Interessengegensätze innerhalb dieser »Gemeinschaft« nicht aus, wie wir erfahren haben und auch zukünftig sehen werden. Wer Erfahrungen in der föderalen deutschen Politik hat, weiß nur zu gut, dass auch Bayern und Hamburg im Rahmen des regionalen Wettbewerbs oft gegensätzliche »Interessen« haben und doch die deutsche Einheit nicht infrage stellen.

Dies gerade in den transatlantischen Beziehungen zu verstehen, offen anzusprechen und danach entsprechend zu handeln, wird eine der wichtigsten Aufgaben deutscher und europäischer Politik in den kommenden Jahren sein. Denn hier laufen die Interessen offenkundig auseinander, stabile »Wertegemeinschaften« sollten aber an gegensätzlichen Interessen der Mitglieder nicht zerbrechen. Schon um der Gemeinschaft willen müssen die Gegensätze dann aber offen diskutiert werden. Interessenunterschiede innerhalb der westlichen »Wertegemeinschaft« gilt es also im Interesse der Gemeinschaft zu benennen und offen zu debattieren. Das müssen wir Deutsche allerdings, und zwar in unserem eigenen nationalen Interesse, wohl erst noch lernen.

Das Ziel muss dennoch bleiben, nationale Interessen so weit wie möglich in einem System internationaler Kooperation zu verankern. Wo nämlich nationale Interessen nicht auch in einem System der Europäisierung und Internationalisierung ihre Berücksichtigung finden, wird es am Ende keine Kooperation mehr geben, und gerade die ist es doch, die die Welt heute braucht. Internationale Zusammenarbeit darf nicht an den innenpoliti-